

Transkript: Podcast „Europäische Klimaschutzinitiative“
01.03.2019

EINLEITUNG:

Es gibt Herausforderungen, die kann man weltweit nur gemeinsam bewältigen, und dazu gehört auch der Schutz unseres Klimas. Internationale Abkommen wie das Pariser Abkommen sind das eine. Aber ganz konkrete Ziele, um eine übermäßige Erderwärmung zu verhindern, sind das andere. Deshalb haben wir uns in der Europäischen Union das Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 40 Prozent zu reduzieren.

FRAGE: Warum hat die Bundesregierung eine Europäische Klimaschutzinitiative gegründet?

Die Bundesregierung hat eine Europäische Klimaschutzinitiative gegründet, weil wir nicht nur zuhause hier unsere Maßnahmen durchsetzen wollen, sondern auch schauen wollen, wie unsere Nachbarn und andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre Ziele erreichen. So können wir davon lernen, wenn Polen etwas tut für eine bessere Wärmeeffizienz, genauso als wenn Griechenland mit 80 Pilotschulen sich um bessere Energieeffizienz bemüht. Voneinander Best Practice – beste Praktiken – also lernen, das ist das Ziel, um auf einem guten Weg und einem erfolgreichen Weg die Klimaschutzziele zu erreichen.

FRAGE: Wie stehen Sie zu Initiativen wie „Fridays for Future“, die sich für den Klimaschutz engagieren?

Wir können unsere Klimaschutzziele nur dann erreichen, wenn wir auch Rückhalt in der Gesellschaft haben. Deshalb begrüße ich es sehr, dass junge Menschen, Schülerinnen und Schüler demonstrieren und uns sozusagen mahnen, schnell etwas für den Klimaschutz zu tun. Ich glaube, dass das eine sehr gute Initiative ist. Ich weiß, dass die Schülerinnen und Schüler sich manches schneller wünschen, zum Beispiel den Ausstieg aus der Kohle. Da muss ich allerdings als Regierungschefin auch darauf hinweisen, dass wir natürlich vieles bedenken müssen: Wir müssen Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft auf der einen Seite mit den Zielen des Klimaschutzes versöhnen. Deshalb haben wir eine Kommission eingesetzt, die aus allen Bereichen der Gesellschaft zusammengesetzt war – aus Vertretern der Wirtschaft genauso wie aus Umweltverbänden und aus Vertretern der betroffenen Regionen der Kohleabbaugebiete. Dort ist es zu einer gemeinsamen Haltung gekommen. Man hat sich entschieden, bis 2038 planbar und berechenbar den Kohleausstieg zu bewältigen in Deutschland. Das scheint aus der Perspektive der Schülerinnen und Schüler vielleicht sehr lange, aber es wird uns sehr fordern und dafür werde ich, auch dies zu verstehen. Aber ich unterstütze sehr, dass Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz auf die Straße gehen und dafür kämpfen.